

Niedersachsen hat gezeigt: Keine Mehrheit für Rau

Bundeskanzler Helmut Kohl und Franz Josef Strauß sind zuversichtlich, daß die Bonner Koalition die Bundestagswahl 1987 gewinnen wird. Auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg sagte Helmut Kohl, die Union habe alle Chancen, die „Richtungswahl“ erfolgreich zu bestreiten. Beide Politiker warnten erneut vor der Gefahr eines Bündnisses aus Sozialdemokraten und Grünen. Die SPD täusche die Wähler, wenn sie behauptete, allein an die Regierung kommen zu können.

Der Kanzler, von den Delegierten mit Beifall überschüttet, sagte u. a.: „Wir haben in diesem Jahr noch zwei wichtige Landtagswahlen zu bestehen, und wir werden dann am 25. Januar gemeinsam die große Schlacht zur Bundestagswahl geschlagen haben. Die Wahl in Bayern wirft ihren Schatten voraus, sie ist eine wichtige Wahl, weil es darum geht, Bestätigung solider Politik auch in diesem so wichtigen Bundesland noch einmal zu demonstrieren. Wir haben unter schwierigen Verhältnissen die Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg zu bestehen, und wir hatten am vergangenen Sonntag die Wahl in Niedersachsen.“

Es ist wahr, daß wir in Niedersachsen schwere Stimmeneinbußen haben hinnehmen müssen. Aber wer das Ergebnis ruhig analysiert, wird feststellen: Angesichts der Welle von Angst, und angesichts der Versuche, mit der Angst nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl Geschäfte zu machen, haben viele nicht damit gerechnet, daß ein solches Ergebnis zu erreichen sein würde.

Wir haben die beiden Hauptziele erreicht — und das in einem Land, das von Haus nicht ohne weitere zu den Hochburgen der CDU gehört, das aber in

HEUTE LESEN SIE:

- **DOKUMENTATION**
Welche Möglichkeiten bieten die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen? Hinweise zur besseren Nutzung. Grüner Teil.
- **BUNDESTAG**
Abwassergesetz verschärft — Wallmann: Bürger müssen Opfer bringen. Seite 9
- **GEWERKSCHAFTEN**
Aufforderung der DAG zur parteipolitischen Neutralität. Seite 11
- **BUNDESPARTEI**
Leitsätze der CDU-Frauenvereinigung und Beschluß des Bundesfachausschusses „Jugend“ zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Seiten 12—15

**Ein Sommer mit der
CDU**

Es läßt sich nicht länger leugnen: Der Sommer ist da! Und damit Sie Ihre Sommeraktionen optimal vorbereiten und ihnen ein unverwechselbares Erscheinungsbild verleihen können, bieten wir Ihnen eine ganze Reihe hervorragend geeigneter Werbemittel an! (Siehe ÖA-Seiten)

den 10 Jahren der Amtszeit von Ernst Albrecht systematisch weiter ausgebaut werden konnte:

Wir haben erreicht, daß Ernst Albrecht Ministerpräsident bleibt. Wir haben vor allem erreicht — das ist für die Bundespolitik von größter Bedeutung —, daß die CDU/CSU-geführten Länder im Bundesrat die Mehrheit behalten. Für die nächste Legislaturperiode ist es wichtig, daß wir über diese Mehrheit auch in Zukunft verfügen. Dann gibt es noch ein weiteres ganz wichtiges Ergebnis, und ich bitte, es doch zu nutzen in der öffentlichen Diskussion in den nächsten Wochen und Monaten:

Diese Wahl in Niedersachsen hat gezeigt, daß die SPD keine Chance hat — ich wiederhole: wirklich keine Chance hat — die absolute Mehrheit der Stimmen oder die absolute Mehrheit der Mandate bei der Bundestagswahl zu gewinnen.

SPD täuscht die Wähler

Das heißt im Klartext, und das muß jeder Wähler begreifen und wissen: Die SPD kann nur an die Macht kommen in einem Bündnis mit den Grünen. Dabei interessiert es nicht so sehr, ob das ein Duldbündnis ist oder eine richtige Koalition. Es geht vor allem um eines: Wer aus der SPD in der nächsten Periode Kanzler werden will, braucht die Stimmen der Grünen. Und gehen Sie davon aus: Er wird alles tun — wie immer er heißt —, um diese Stimmen zu erhalten. Wenn jetzt jemand erklärt, er lasse sich mit den Stimmen der Grünen nicht wählen, dann denke ich zwei, drei Jahre zurück. Wenn ich hier vor zwei Jahren gesprochen hätte und auf die Frage eingegangen wäre, ob Holger Börner eine solche Koalition eingehen würde, dann hätte ich in Kenntnis seiner Persönlichkeit eine hohe Wette abgeschlossen, daß er dazu nicht bereit sei. Ich habe mich ge-

täuscht in dieser Frage, und mit mir viele andere auch. Wir dürfen jetzt nicht zulassen, daß die Wähler noch einmal getäuscht werden. Die Kräfte, die hier ausgezogen sind, eine andere Republik durchzusetzen, wollen vieles von dem zerstören, was in mühsamer Arbeit von allen Demokraten guten Willens seit 1945 aufgebaut wurde. Sie wollen eine andere Republik.

Grüne Staatszerstörer

Wer die Ergebnisse der Bundesversammlung der Grünen in Hannover genau betrachtet, der stellt fest, daß diese Gruppierung alle entscheidenden Weichenstellungen unserer Gesellschaft in den letzten 40 Jahren rückgängig machen will. Die Grünen wollen zurück zu einer Isolierung der Deutschen in der Außen- und Sicherheitspolitik, die zwangsläufig mit der sowjetischen Hegemonie in Europa enden würde. Sie wollen einen Ausstieg aus der modernen Industriegesellschaft, und alles das, was aus der großartigen Idee der Sozialen Marktwirtschaft erwachsen ist, würde dabei zerstört. Eine wirtschaftliche Verelendung wäre die Folge, und Sie können sich die Konsequenzen in vielen Bereichen vorstellen. Das Bedrückende, das Deprimierende in diesem Zusammenhang ist, daß diese Gruppierung von wichtigen, entscheidenden Teilen der sozialdemokratischen Parteiführung unterstützt wird, und daß es das klare Ziel Willy Brandts ist, mit diesen Leuten zusammenzugehen. Dies ist offenkundig, und noch viele andere in der Führung der SPD werden auf diesem Weg weiter vorgehen.

Was vielleicht noch bedrückender ist: Sogar jene Kreise, die eigentlich von Haus aus dazu berufen sind, die Interessen der deutschen Arbeitnehmer zu vertreten — wichtige Teile der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes —, haben sich ebenfalls auf diesen Weg gemacht.

Meine lieben Freunde, uns darf dies nicht vom Kurs abbringen. Wir müssen unsere Politik vertreten, und wir müssen sie auch durchsetzen, wie wir es in diesen Wochen gemeinsam getan haben. Manche in CDU und CSU haben dabei auch ihre Probleme, wenn Wind und sogar Sturm aufkommt und uns ins Gesicht bläst.

Aber wer soll eigentlich für die Bürger unseres Landes stehen, wenn nicht wir, die Union? Wir sind vor 40 Jahren nicht angetreten als eine politische Vereinigung, die nach den jeweiligen demoskopischen Daten ihre Politik ausrichtet. Wir sind angetreten aus einer Grundüberzeugung heraus mit dem Ziel, in unserem Sinn — nach unserem Menschenbild, unseren Vorstellungen des Sittengesetzes und den ethischen Normen des Christentums — Gesellschaft und Staat nach dem Ende der barbarischen Herrschaft Hitlers neu zu bauen. So ist unsere Bundesrepublik Deutschland gestaltet worden.

Ich empfinde es als ein großes Glück, daß jetzt von unseren Schulen Jahrgänge abgehen, die ganz neu die Wertfrage stellen. Sie sagen Ja zu einer vernünftigen Wirtschaftsordnung, die uns eine Zukunft gibt, sie sagen aber genauso deutlich: Das allein genügt uns nicht; wir wollen nicht nur wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit, wir wollen auch in der Menschlichkeit, zu der wir fähig sind, ein Leitbild erkennen. Deswegen ist es wichtig, daß wir in den Monaten, die vor uns liegen, und auch im Wahlkampf selbst nicht nur deutlich machen, was wir geleistet haben, sondern auch erklären, wie die Vision der Welt von morgen aussieht, die wir gestalten wollen.

Unsere Handschrift deutlich machen

In der neuen Periode wollen wir in entscheidenden Fragen das tun, was ganz deutlich unsere Handschrift trägt, was

nicht nur Aufräumarbeit ist. Ich brauche von niemandem daran erinnert zu werden, daß wir jetzt vor allem christlich-sozialen und christlich demokratischen Geist einbringen müssen, weil wir zu lange Zeit — aber so waren die Probleme eben — brauchten, um die Fehler unserer Vorgänger zu korrigieren. Dabei wird es um die materielle Entwicklung des Landes gehen, aber auch um die geistig-moralische Herausforderung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen persönliches Glück finden können. Dabei wissen wir als Christliche Demokraten, daß Politik nur die vorletzten Dinge regeln kann, nicht aber die letzten Dinge des menschlichen Lebens löst. Ich glaube heute mehr denn je, daß — ähnlich wie vor 40 Jahren, als CSU und CDU als etwas völlig Neues gegründet wurden — das „C“ in unserem Namen — als Maßstab für unser eigenes Tun, nicht als Ausschließlichkeitsanspruch gegenüber anderen — einen völlig neuen Glanz und eine völlig neue Bewertung gefunden hat. Ich empfinde es als eine großartige Sache, daß nach so vielen Jahren einer sehr zurückhaltenden, häufig auch opportunistischen Betrachtung die moralischen Grundlagen wieder neu diskutiert werden. Ich habe vor ein paar Tagen einige großartige Stunden bei der Landesversammlung der Jungen Union Bayerns in Garmisch-Partenkirchen verbracht. Die Art und Weise, wie heute die jungen Leute über den § 218 diskutieren, belegt diese Entwicklung. Es wurde rundum deutlich, daß Werte als verbindliche Maßstäbe für uns ganz selbstverständlich sind.

Es ist sehr wichtig, daß wir — neben sonstigen Problemen — bewältigen: den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Renten für die Zukunft, den Ausbau eines vernünftigen Steuersystems, den Abbau der Lohnnebenkosten,

die Frage der Explosion der Gesundheitskosten und vieles andere. Aber die menschliche Qualität unseres Landes hängt nicht nur davon ab. Es geht zuerst auch darum, daß die ethischen Grundlagen, denen wir als Christen im privaten Leben gerecht zu werden versuchen, auch in der Politik ihren Platz haben.

Ich bin ganz sicher, wir werden gerade auch bei den Erst- und Jungwählern eine große Chance haben, wenn wir das, was sie anfragen, ehrlich, loyal und offen beantworten — selbst wenn sie zuerst gar nicht so gerne hören, was wir zu sagen haben. Wenn wir das gemeinsam tun, liebe Freunde, haben wir alle Chancen für diese Wahl am 25. Januar. Und wir haben natürlich eine großartige Chance für die

Wahl hier in Bayern im Oktober dieses Jahres.

Meine Bitte ist ganz einfach: Gehen wir es gemeinsam an. Lamentieren wir nicht über den Lauf der Welt, schimpfen wir, wenn Grund ist zum Schimpfen und freuen wir uns, wenn Grund ist zur Freude, und loben wir uns gegenseitig. Reden wir mehr miteinander und weniger übereinander, und schaffen wir es gemeinsam. In diesem Sinne, liebe Freunde, ein herzliches Glückauf für diesen Parteitag, und vor allem für die Landtagswahlen. Es muß ein großartiges Ergebnis werden im Oktober in Bayern und im Januar 1987 in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist der beste Dienst, den wir dann unserem Vaterland erweisen können.

In Berlin zeigte die SPD ihr wahres Gesicht

Zum Verlauf und den Ergebnissen des Berliner SPD-Landesparteitages erklärte der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen Feilcke: Ausgerechnet in Berlin zeigt die SPD ihr neues, wahres Gesicht. Endlich weiß der Wähler ganz offiziell, womit er im Falle eines SPD-Sieges im kommenden Januar in der Deutschland- und Berlinpolitik zu rechnen hat.

Im fünfundzwanzigsten Jahr des Mauerbaus hat die SPD die Ursache aller Probleme gefunden. Es sind die „friedensgefährdende Politik“ der Vereinigten Staaten und die „Abschreckungsdoktrin“ der Nato. — An ihre Stelle sollte die „Sicherheitspartnerschaft“ mit den Warschauer-Pakt-Staaten treten. In Vergessenheit geraten sind Berlinblockade, Ultimatum und Mauerbau.

Eine Zukunft für Berlin — über die die SPD jetzt so geschichtslos nachdenkt — gäbe es schon lange nicht mehr, hätte es

nicht immer schon enge, freundschaftliche Beziehungen zu unserem amerikanischen Bündnispartner gegeben. In der Tat ein „historischer Parteitag“, wie „linke“ Delegierte meinten. Als Hüterin Berliner Interessen hat sich die SPD abgemeldet.

In einem Aufruf zur Besinnung erklärt der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands, zum Parteitag der Berliner SPD: Die schwere Krise der Berliner SPD, die sich auf ihrem Parteitag offenbart hat, kann mich nicht schadenfroh stimmen. Ich bin besorgt über die Unsicherheiten der SPD bei der Gemeinsamkeit in den Grundfragen. Ich fordere die Berliner SPD zur Besinnung auf, und ich fordere den Kanzlerkandidaten der SPD, Rau, auf, die Berliner SPD zur Besinnung zu bringen. Von dem Berliner Bundestagsabgeordneten Vogel ist das nicht mehr in ausreichendem Maße zu erwarten.

Volker Rühle:

Bilanz und Perspektiven unserer Abrüstungspolitik

CDU und CSU haben diese Legislaturperiode mit dem Versprechen begonnen, sich in Ost und West für einen stabileren Frieden mit immer weniger Waffen einzusetzen. Die Erfolge dieser Sicherheits- und Abrüstungspolitik bilanzierte Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

2400 Atomwaffen wurden bzw. werden als Folge des Nato-Doppelbeschlusses und der Entscheidung von Montebello aus Westeuropa definitiv beseitigt — das ist der niedrigste Stand der Nuklearrüstung in Westeuropa seit mehr als 20 Jahren.

Vollständige Beseitigung der auf deutschem Boden lagernden chemischen Waffen bis Ende 1992, ohne daß dafür auch nur eine neue chemische Waffe hier stationiert wird.

Ausschließlich in einem Krisen- und Konfliktfall können chemische Waffen auf unser Territorium verbracht werden, und zwar nur mit Billigung und auf Bitte der Bundesregierung. Es ist zudem sichergestellt, daß unser Land dann nicht — wie bisher — das einzige europäische Nato-Mitglied ist, auf dessen Boden diese Waffen verbracht werden.

In Genf wird über die weltweite Beseitigung aller Mittelstreckenraketen bis Ende 1989 verhandelt. Sowohl die westlichen INF-Vorschläge während der Genfer Abrüstungsverhandlungen im Jahre 1983 als auch die jüngsten INF-Vorschläge wurden maßgeblich von der Bundesregierung im Bündnis mitformuliert.

Durch die kompromißfähigen westlichen Vorschläge in Wien, Stockholm und in Genf (zu den chemischen Waffen) besteht jetzt die Chance, daß bei gutem Willen und ernsthafter Verhandlungsbereitschaft des Ostens dort bald substantielle Abkommen erreicht werden können. Auch diese Vorschläge wurden maßgeblich von der Bundesregierung mitformuliert. So kann beispielsweise durch den auf eine deutsch-britische Initiative zurückgehenden westlichen MBFR-Vorschlag das die Verhandlungen seit Jahren blockierende Problem der Datenfrage ausgeräumt werden.

Bestehende Rüstungskontrollvereinbarungen sind einzuhalten. Diesen Grundsatz hat die Bundesregierung bisher im Bündnis verankern können. Wenn Verträge aufgegeben werden, wäre es doppelt schwer, neue Abrüstungsvereinbarungen zu erzielen. Dieser Politik entsprechend wird auch die im kommenden Herbst anstehende Entscheidung über die Modernisierung der amerikanischen strategischen Bomber innerhalb der Allianz im Licht der Genfer Verhandlungen und der sowjetischen Vertragstreue zu prüfen sein. Deshalb muß die Sowjetunion ihre Vertragsverletzungen umgehend korrigieren bzw. dazu in den Genfer Verhandlungen Klarheit schaffen.

Die Bundesregierung hatte sich bereits im vergangenen Juni im Bündnis wie auch vor wenigen Wochen durch den Brief des Bundeskanzlers an Präsident Reagan nachhaltig für die Einhaltung der im SALT-II-Vertrag festgelegten Obergrenzen eingesetzt. Und die Einhaltung des

ABM-Vertrages hat die Bundesregierung sowohl im Frühjahr letzten Jahres als auch in der deutsch-amerikanischen SDI-Rahmenvereinbarung festgeschrieben.

Fazit:

Der Einfluß der Bundesregierung im Bündnis bei der Formulierung und Durchsetzung dieser Abrüstungserfolge ist anerkanntermaßen groß: Dies konnte nur erreicht werden, weil unser Land in der internationalen Politik wieder ein berechenbarer Faktor geworden ist — berechenbar für unsere Sicherheitspartner im Westen wie für unsere Verhandlungspartner im Osten. Die Kooperationspolitik des Bundeskanzlers an Stelle der Anrempelungspolitik oder eines öffentlichen Vorführens des Bündnispartners à la SPD, unsere Politik der selbstbewußten Partnerschaft mit den USA statt einer SPD-Politik der „Selbstbehauptung Europas“ gegen die USA haben unserem Land das für eine erfolgreiche deutsche Abrüstungspolitik notwendige Ansehen wieder verschafft: In Ost und West weiß man wieder, wo die Regierung unter Bundeskanzler Kohl steht und wofür sie steht.

Irrwege der SPD

Die Abrüstungspolitik der SPD ist seit Beginn dieser Legislaturperiode durch sicherheitspolitische Irrwege wie durch eine Anti-Nato-Politik gekennzeichnet. Herausragende Beispiele sind dafür das Versagen der SPD in der INF-Thematik und ihre Neben-Außenpolitik.

a) Während der INF-Verhandlungen 1983 hatte die SPD ein Abrüstungsabkommen gefordert, das auf Dauer eine sowjetische Überlegenheit von 140 SS-20-Raketen gegen null amerikanische Mittelstreckenraketen festschreiben und zugleich die Drittstaatenpotentiale anrechnen sollte. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hatte dies abgelehnt

MBFR — Mutual Balanced Forces Reduction (gegenseitiger ausgeglichener Truppenabbau)

INF — International Nuclear Forces (Internationale Atomstreitkräfte)

SALT II — Strategic Arms Limitation Talks (Gespräche über eine Begrenzung strategischer Waffen)

ABM — Anti Ballistic Missile (Antiraketenrakete)

SDI — Strategic Defense Initiative (Strategische Verteidigungsinitiative)

PVAP — Polnische Vereinigte Arbeiter-Partei

und damit die Sicherheitsinteressen des Westens gewahrt: Denn heute ist die Sowjetunion zu einer beiderseitigen Null-Lösung zumindest in Europa bereit und verzichtet auf die Anrechnung der Drittstaatenpotentiale.

Doch auch nach dieser Erfahrung mit ihrer gescheiterten Abrüstungspolitik ist die SPD nicht bereit, wieder Bündnispositionen zu übernehmen. Einerseits unterstützt sie — wie die Sowjetunion — den Vorschlag einer europäischen Null-Lösung. Andererseits fällt die SPD mit ihrem sicherheitspolitischen Leitantrag in die Vergangenheit des Essener Parteitagbeschlusses von 1984 zurück, in dem sie jetzt wie 1984 die völlige Beseitigung aller westlichen Nachrüstungssysteme fordert, dafür aber der Sowjetunion den SS-20-Bestand von Ende 1979 (140 Stück) belassen will.

b) Mit ihrer Neben-Außenpolitik betreibt die SPD eine institutionalisierte Anti-Nato-Politik. Sowohl in dem SPD/SED-Abkommen über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa als auch in der SPD/PVAP-Vereinbarung über vertrauensbil-

dende Maßnahmen wurden grundlos sicherheitspolitisch begründete Nato-Positionen aufgegeben. Dasselbe geschieht jetzt bei den SPD/SED-Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Die SPD unterläuft also mit ihrer Neben-Außenpolitik die Sicherheitspolitik des Westens und stellt sich gegen das Bündnis. Sie bietet den östlichen Regierungen ein willkommenes Einfallstor für die Agitation und Propaganda zugunsten sowjetischer Interessen in der Sicherheitspolitik, was diese bekanntlich auch nutzen.

Die Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit mit den regierenden kommunistischen Parteien hat die SPD inzwischen zu einem Gefangenen ihrer eigenen Politik werden lassen:

Sie ist unter den Erfolgsdruck geraten, ständig neue Vereinbarungen erzielen zu müssen: Dies gilt für ihre Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone ebenso, wie für ihren kürzlich in Zusammenarbeit mit der SED und der KPTsch (CSSR) unterbreiteten Vorschlag, den Reduzierungsraum der chemiewaffenfreien Zone auf die angrenzenden Nachbarstaaten auszuweiten. Dieser Vorschlag erfolgte, weil die SPD in ihren Verhandlungen mit der SED in den Sachfragen nicht weiterkommt: Denn die von der SPD auch zugegebenen noch offenen Fragen in ihrem Abkommen mit der SED — vor allem die Verifikationsfrage und dabei insbesondere die Frage von Verdachtskontrollen — kann sie mit Ost-Berlin nicht lösen, solange sich nicht die Sowjetunion dazu in Genf bei den Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen bereit erklärt.

Auch der SPD-Kandidat Rau ist zum Gefangenen dieser Neben-Außenpolitik geworden. Die von seinen Wahlkampfberatern aus wahltaktischen Gründen beabsichtigte Unterbrechung der SPD/SED-

Verhandlungen ist gescheitert, die Neben-Außenpolitik wird intensiv fortgesetzt.

Als Gefangene ihrer neben-außenpolitischen Vereinbarungen mit einigen kommunistischen Parteien Osteuropas wird die SPD, sollte sie eines Tages Regierungsverantwortung tragen müssen, entweder ihre jetzigen Verhandlungspartner vor den Kopf stoßen müssen, wenn sie dann wieder zur Nato-Position zurückkehren sollte, oder sie wird im Bündnis mit dieser Anti-Nato-Politik isoliert dastehen und damit deutschen Sicherheitsinteressen schaden.

e) Die SPD schlägt — so auch in ihrem sicherheitspolitischen Leitanspruch — einseitige Abrüstungsmaßnahmen des Westens im konventionellen Bereich vor. Dies steht nicht nur im Widerspruch zu der im Bündnis unbestrittenen Notwendigkeit einer Stärkung der konventionellen Verteidigung, um somit die Atomschwelle anzuheben. Diese Politik läuft auch dem dringenden Erfordernis entgegen, daß Westeuropa einen stärkeren Beitrag für die Außen- und Sicherheitspolitik des Westens leisten muß, ist damit anti-europäisch. Die SPD stärkt mit dieser Politik auch diejenigen Kräfte in den USA, die eine Reduzierung des amerikanischen Beitrages für Europa anstreben.

Fazit:

Mit ihrer Sicherheits- und Abrüstungspolitik ist die SPD nicht mehr bündnisfähig. Hinzu kommt, daß innerhalb der SPD starke Bestrebungen für einen Ausstieg unseres Landes aus der militärischen Integration der Nato bestehen. Herr Lafontaine ist da kein Einzelfall. Da helfen Lippenbekenntnisse des SPD-Kandidaten Rau zur Nato wenig. Entscheidend ist vielmehr, welche Sicherheitspolitik die SPD betreibt. Und dies ist — wie oben dargestellt — eine Politik gegen das Bündnis.

Arbeitsmarkt: „Stille Reserven“ um 575 000 Personen abgebaut

Der Abbau der sogenannten stillen Reserven des Arbeitsmarktes hat nach Ansicht des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministers **Rudi Geil** dazu geführt, daß die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen in den Jahren 1984 und 1985 nicht deutlicher gesunken ist. Der Abbau zeige aber auch, daß die verbesserte konjunkturelle Lage Bewegung auf den Arbeitsmarkt gebracht habe. Geil legte am 23. Juni 1986 in Mainz eine Untersuchung seines Hauses vor, wonach in den beiden Jahren etwa 575 000 Personen aus der „stillen Reserve“ auf den Arbeitsmarkt zurückkehrten. Dies habe dazu geführt, daß die „registrierte Arbeitslosigkeit die positiven Beschäftigungswirkungen des Aufschwungs noch kaum erkennbar werden läßt“, sagte Geil. Nach der Studie sind die Frauen mit 500 000 und damit mehr als 85 Prozent überproportional am Abbau dieser Reserve beteiligt.

Positive Entwicklung bei den Lehrstellen

Zu den aktuellen Zahlen der Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zum 31. Mai 1986 erklärte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Frau **Dorothee Wilms**, am 13. Juni 1986 u. a.: „Die sich bereits in den vergangenen Monaten abzeichnende positive Tendenz auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich auch im Mai fortgesetzt.“

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätze liegt gegenwärtig um rund 30 000 oder 7 Prozent höher als im Vorjahr, während die Zahl der Bewerber um rund 18 000 oder 3 Prozent zurückgegangen ist.

Koalition weiter vorn

Hier die neueste Infas-Umfrage, vorgestellt in „Report“ (ARD) am 24. Juni 1986:

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am Sonntag Wahl wäre?

Juni '86:

| | |
|---------|--------------|
| CDU/CSU | 45,0 Prozent |
| SPD | 41,5 Prozent |
| FDP | 6,0 Prozent |
| GRÜNE | 7,0 Prozent |

Bundestagswahl: '83:

| | |
|---------|--------------|
| CDU/CSU | 48,8 Prozent |
| SPD | 38,2 Prozent |
| FDP | 7,0 Prozent |
| GRÜNE | 5,6 Prozent |

Dies ist ein erneuter augenfälliger Beweis, daß die SPD allein nie die absolute Mehrheit erreichen könnte.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätze liegt gegenwärtig um rund 30 000 oder 7 Prozent höher als im Vorjahr, während die Zahl der Bewerber um rund 18 000 oder 3 Prozent zurückgegangen ist.

CDU/CSU-Arbeitsgruppe soll Konsequenzen aus Krawallen prüfen

Eine Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll prüfen, welche politischen, rechtlichen und polizeilichen Konsequenzen aus den jüngsten Ausschreitungen im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Kernkraftwerke gezogen werden müssen. Die Einsetzung einer solchen Arbeitsgruppe hat der Fraktionsvorstand auf Vorschlag des Vorsitzenden Alfred Dregger beschlossen. Sie soll vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Karl Miltner** geleitet werden.

Wallmann fordert Opfer für den Umweltschutz

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch, 18. Juni 1986, in Bonn mit der Stimmenmehrheit von CDU/CSU und FDP die Abfallgesetze drastisch verschärft. In der Neufassung des Abfallbeseitigungsgesetzes wird der Vermeidung und Verwertung von Abfällen Vorrang vor der Beseitigung des Mülls eingeräumt. Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Wallmann (CDU), forderte in seiner ersten Rede als neuer Ressortchef vor dem Bundestag von den Bürgern weitere Opfer für den Erhalt der Umwelt und richtete an die Wirtschaft den Appell zu freiwilligen Einschränkungen. Das Gesetz werde der „Motor für die Bewältigung der Abfallprobleme“ sein.

Wirtschaftliche und technische Entwicklung sowie die „Konsumfreude von uns allen“ hätten zu einer stetigen Zunahme der Abfallmengen geführt. „Wenn wir der Situation Herr werden wollen, müssen wir unser Denken und Handeln erheblich verändern“, sagte der neue Minister. Die Abfälle von heute dürften nicht die „Altlasten von morgen“ werden.

Das Abfallgesetz ist nach seinen Worten ganz wesentlich dem bisher für Umweltschutz verantwortlichen Innenminister Zimmermann (CSU) zu verdanken, der die „starke Lokomotive“ gewesen sei und dieses Gesetzwerk ans Ziel gebracht habe. Die Bundesregierung werde von den vorgesehenen Ermächtigungen für einschränkende Maßnahmen besonders bei Getränkeverpackungen Gebrauch machen, wenn von den beteiligten Wirtschaftskreisen die „Gefolgschaft verweigert“ werde.

Wallmann sagte u.a.: „Mir liegt am Gespräch mit den Bürgern, deren Ängste und Sorgen ich sehr ernst nehme. Die Menschen sollen erfahren, welche Bedeutung die Bundesregierung dem Umweltschutz beimißt. Zahlreiche positive Signale in den letzten Tagen bestärken mich in der Hoffnung, daß es im Umweltschutz — über unterschiedliche politische Grundpositionen hinweg — viele Gemeinsamkeiten gibt.“

Mir liegt nicht zuletzt auch am Gespräch mit den Ländern. Die Verbesserung des Informationsflusses und der Zusammenarbeit ist ein ganz wesentliches Ziel meiner Arbeit. Ich weiß, daß ich eine schwere Aufgabe übernommen habe. An die Einrichtung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit knüpfen sich, wie mir eine Flut von Briefen und Telegrammen zeigt, große Erwartungen. Ich werde alles daran setzen, dieser Herausforderung gerecht zu werden.“

Ehrenmedaille für Hannelore Kohl

Die Walter-Poppelreuther Medaille erhielt Hannelore Kohl, die Frau des Bundeskanzlers Helmut Kohl, am 20. Juni in Hamburg für ihren Einsatz im Kuratorium ZNS (Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems), dessen Präsidentin sie ist. Die Medaille wurde nach dem „Vater der Hirnverletzten“ Walter Poppelreuther (1885—1939) benannt, der die Not kriegsverletzter Soldaten erkannte. Heute nimmt die Zahl der Hirnverletzten durch Unfälle pro Jahr in der Bundesrepublik um 200 000 Menschen zu.

Das neue Tierschutzgesetz ist eines der modernsten in der Welt

Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnete am 21. Juni 1986 in München-Neubiberg die Akademie für Tierschutz. Der Kanzler folgte einer Einladung des Deutschen Tierschutzbundes. Er würdigte die neue Akademie als einen wichtigen Beitrag zum Tierschutz in der Bundesrepublik Deutschland und vor allem zur weiteren Verbreitung des Tierschutzgedankens.

Der Bundeskanzler, der bei der Vorbereitung der Tierschutznovelle wiederholt persönlich in die Beratungen eingegriffen hatte und insbesondere um weitere Verbesserungen in dem sehr schwierigen Bereich der Tierversuche bemüht war, ging noch einmal auf die mit diesem Gesetz erreichten Fortschritte ein:

■ Tierversuche dürfen in Zukunft nur noch durchgeführt werden, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen, zur Erkennung von Umweltgefährdungen oder für die Grundlagenforschung unerlässlich sind. Tierversuche zur Entwicklung oder Erprobung von Waffen sind verboten. Das Verbot gilt grundsätzlich auch für Tierversuche zur Prüfung von Tabakerzeugnissen, Waschmitteln und dekorativen Kosmetika.

■ Die Vorschriften zur Schmerzbegrenzung sind ebenfalls verschärft worden. Eingriffe, die zu schweren Verletzungen führen, dürfen ohne Betäubung nicht mehr vorgenommen werden. Die Anwendung lähmender Mittel zur Verhinderung oder Einschränkung von Schmerzäußerungen ist verboten.

■ Grundsätzlich dürfen Versuchstiere nur noch verwendet werden, wenn sie in behördlich überwachten Zuchteinrichtungen für diesen Zweck eigens gezüchtet worden sind. Diese Maßnahme in Verbindung mit einer verschärften Kennzeichnungs- und Aufzeichnungspflicht ist geeignet, dem Diebstahl von Hunden und Katzen wirksam vorzubeugen.

■ Zur Unterstützung der Genehmigungsbehörden werden Kommissionen berufen, in denen auch Mitglieder vertreten sein müssen, die von den Tierschutzorganisationen vorgeschlagen worden sind.

■ Außerdem werden in den Tierversuchseinrichtungen Tierschutzbeauftragte benannt, die auf die Einhaltung von Vorschriften, Bedingungen und Auflagen im Interesse des Tierschutzes zu achten haben.

Der Bundeskanzler erklärte, daß es Ziel der Bundesregierung sei, Methoden zu entwickeln, die auf längere Sicht Tierversuche weitgehend ersetzen können. Die Bundesregierung habe zu diesem Zweck — zusammen mit Verbänden der Industrie und des Tierschutzes — eine Stiftung ins Leben gerufen, die die Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Einschränkung von Tierversuchen fördern soll.

Die Bundesregierung wird auch im internationalen Rahmen, insbesondere im Europarat und in der EG für einen verbesserten Tierschutz eintreten. Dazu gehöre insbesondere auch die gegenseitige Anerkennung von Tierschutzversuchsergebnissen und damit die Vermeidung von Tierversuchen.

DAG-Chef ermahnt Mitarbeiter zur parteipolitischen Neutralität

Hermann Brandt, der Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), hat alle Funktionäre seiner Gewerkschaft zur Einhaltung der parteipolitischen Neutralität ermahnt: Bei künftigen Zuwiderhandlungen gegen die Satzung werden Maßregelungen bis zur Kündigung angedroht.

Der Bundesvorstand der DAG hatte bereits am 31. März 1980 zur Sicherung der parteipolitischen Unabhängigkeit der DAG folgenden Beschluß gefaßt, auf den sich Brandt bezieht:

„Es ist mit dem Selbstverständnis der DAG als Einheitsgewerkschaft nach § 3 der DAG-Satzung und ihrem Bekenntnis zum freiheitlichen, sozialen und demokratischen Rechtsstaat nicht vereinbar und daher unzulässig, daß Organe und Mitglieder von Organen sowie Gliederungen und hauptamtliche Mitarbeiter der DAG in dieser Eigenschaft in Wort und Schrift für oder gegen Parteien bzw. die sie vertretenden Personen Wertungen vornehmen oder sich solchen anschließen. Die Nichtbeachtung der DAG-Satzung bzw. dieses Beschlusses ist gewerkschaftsschädigendes Verhalten. In diesem Zusammenhang wird auf die §§ 12 Abs. (3) und 36 Absätze (1) und (2) der DAG-Satzung ausdrücklich verwiesen.“

Die bevorstehenden Landtagswahlen und die Anfang nächsten Jahres stattfindende Bundestagswahl nahm Brandt zum Anlaß, jedem Mitarbeiter seiner Organisation die parteipolitische Unabhängigkeit der DAG (§ 3 Satz 2 der Satzung) in Erinnerung zu rufen. Es sei leider ungeachtet des Bundesvorstandsbeschlusses vom 31. März 1980 vorgekommen, daß hauptamt-

liche Mitarbeiter Aufrufe zu bestimmten Wahlverhalten unter Beifügung des Namens ihrer Gewerkschaft unterzeichnet haben. Mit Nachdruck werde deshalb nochmals auf die Unzulässigkeit eines solchen Verhaltens hingewiesen.

Wer sich in Zukunft nicht strikt an die Anweisungen des Bundesvorstandes hält, jedwede Verquickung zwischen individueller parteipolitischer Überzeugung und seiner beruflichen Tätigkeit in der DAG zu unterlassen, müsse sowohl mit arbeitsrechtlichen als auch mit verbandsrechtlichen Konsequenzen rechnen.

Norbert Blüm begrüßte das Schreiben des Gewerkschaftsvorsitzenden und erklärte: Mit dem Schreiben von Hermann Brandt hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft ein deutliches Zeichen gesetzt, daß sie sich nicht nur als Einheitsgewerkschaft bezeichnet, sondern auch so handelt. Die DAG wird damit ihrer Verpflichtung als Einheitsgewerkschaft gerecht, unter deren Dach Mitglieder verschiedener demokratischer Parteien zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer kollegial zusammenarbeiten können.

Bundestagswahl am 25. Januar 1987

Die Wahl zum 11. Deutschen Bundestag wird voraussichtlich am 25. Januar 1987 stattfinden. Das Bundeskabinett hat diesen Termin am 18. Juni dem Bundespräsidenten vorgeschlagen, dem laut Bundeswahlgesetz die Festlegung des Wahltages obliegt.

Initiativen für mehr Beschäftigung und berufliche Qualifizierung

Die bisher von Wirtschaft und Politik unternommenen Anstrengungen am Ausbildungsmarkt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben Erfolg gezeigt. Die Quote jugendlicher Arbeitsloser unter 25 Jahren liegt in der Bundesrepublik Deutschland ein Drittel unter dem EG-Durchschnitt. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren ist im Mai um fast 10 Prozent gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Rückgang 8 Prozent.

Wir sind also auf einem guten Weg, erklärte auf einer Pressekonferenz in Bonn anlässlich der Vorstellung des vom Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU vorbereiteten Konzeptes „Initiative für mehr Beschäftigung und berufliche Qualifizierung“, die Vorsitzende des Bundesfachausschusses, MdL **Gabriele Kokott-Weidenfeld**.

Die Anstrengungen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit müssen angesichts der geburtenstarken Jahrgänge, die 1983 in eine Berufsausbildung eingetreten sind und die im Herbst 1986 zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem stehen, dennoch erheblich verstärkt werden.

① Das bestehende Instrumentarium beschäftigungspolitischer Maßnahmen muß — unter Verzicht auf neue größere Sonderprogramme — gerade im Blick auf junge Menschen noch treffsicherer genutzt werden.

② Sowohl in die berufliche Erstausbildung, wie auch in die berufliche Weiterbildung müssen informationstechnische Bildungsinhalte verstärkt einbezogen werden.

③ An der Nahtstelle zwischen Ausbildung und Beschäftigung muß zwischen verschiedenen Gruppen unterschieden werden, für die differenzierte Maßnahmen erforderlich sind. So müssen beispielsweise

- für über Bedarf im Betrieb ausgebildete Jugendliche, die zwar einen am Arbeitsmarkt verwertbaren Beruf gelernt haben, aber über gewisse Spezialkenntnisse nicht verfügen, diese durch Maßnahmen der beruflichen Fortbildung vermittelt werden;

- Jugendliche, die eine Ausbildung durchlaufen haben, für die auf Grund der Veränderung des Arbeitsmarktes kein oder wenig Bedarf besteht (Arzthelferinnen, Bürokaufleute), umgeschult werden.

④ Für junge Menschen ohne ausreichende Berufsausbildung, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehr gering sind, müssen zusätzliche Maßnahmen der Motivation, Stabilisierung und Qualifizierung angeboten werden. In diesem Zusammenhang darf eine zukunftsorientierte Politik nicht bei Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen stehenbleiben. Diese sind allein und auf Dauer ein ungeeignetes Instrument. Vielmehr müssen Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen in Kombination von „Arbeit und Lernen“ weiterentwickelt und erheblich ausgeweitet werden.

⑤ Das Benachteiligtenprogramm des Bundes, das bereits an der sogenannten „ersten Schwelle“ einsetzt, muß über 1989 hinaus gesichert und finanziell entsprechend der Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt ausgestattet werden.

⑥ Die Zusammenarbeit zwischen Schule, Arbeitsamt und Betrieben muß intensiviert werden.

Vor allem muß die Bereitschaft von Berufsanfängern, sich weiter zu qualifizieren und damit ihre Berufsaussichten zu verbessern, durch entsprechende Aufklärung vor Ort gestärkt werden. Beispielsweise sollten arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Berufsanfänger mit abgeschlossener Ausbildung darüber informiert sein, daß bei der Teilnahme an einer Bildungsmaßnahme das Unterhaltsgeld nach 75 Prozent statt bisher 50 Prozent des erzielbaren Tariflohns bemessen wird.

Mit den Instrumenten

- berufsvorbereitende Maßnahmen,
- Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen,
- gezielte betriebliche Einarbeitung,
- Ausweitung der Möglichkeiten einer

Kombination von Teilzeitarbeit mit Teilzeit-Bildungsmaßnahmen

bietet das Arbeitsförderungsgesetz den Unternehmen finanzielle Anreize für mehr Qualifizierung im Betrieb. Über diese und andere Möglichkeiten, die das neue AFG bietet, müssen die Betriebe durch Arbeitsmarktgespräche informiert werden.

⑦ Die Jugendhilfe sollte ihre Möglichkeiten zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ausbauen und weiterentwickeln.

In diesem Zusammenhang sind die Modellmaßnahmen des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit im Bereich „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ zu erweitern und die Förderung von Selbsthilfeinitiativen außerhalb des herkömmlichen Arbeitsmarktes zu verstärken.

Gespräch mit dem BDKJ über „Christliche Wertvorstellungen“ in der Politik

Zum zweiten Mal in diesem Jahr trafen sich in Bonn das Präsidium der CDU und die Leitung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) auf Einladung des CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, zu einem mehrstündigen Gespräch.

Thema war die Beseitigung und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Beide Seiten waren sich darin einig, daß es bei der Förderung alternativer Projekte und Selbsthilfeeinrichtungen keine bürokratischen Hemmnisse geben dürfe und daß der Weg in die Selbständigkeit ein Mittel sei, der Jugendarbeitslosigkeit Herr zu werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs

war die Frage des Verhältnisses von christlichen Wertvorstellungen und konkreter Politik.

Forschungsminister Riesenhuber erläuterte auf Bitten des BDKJ die Auffassungen der CDU und der CDU-geführten Bundesregierung zur Energieeinsparung und zu der Forschung nach alternativen Energien. Dabei räumte er der Kernfusion und der direkten Umwandlung von Sonnenenergie in Strom besondere Bedeutung ein. Für beide Bereiche seien in den letzten Jahren die notwendigen Forschungsmittel überproportional und beträchtlich gestiegen. Zugleich wies Riesenhuber darauf hin, daß bis zu einer Realisierung derartiger Vorhaben noch mehrere Jahrzehnte erforderlich sein könnten.

Bruno Heck wiedergewählt Jahresbericht der KAS

Die Mitgliederversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat am 18. Juni 1986 den langjährigen Vorsitzenden der Stiftung, den früheren Bundesminister Bruno Heck, einstimmig für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Für das verstorbene Stiftungsmittglied, den früheren Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, wurde die Bundestagsabgeordnete Lieselotte Berger gewählt.

Aus dem Jahresbericht 1985 geht hervor, daß 60 Prozent der Haushaltsmittel vor allem für Programme der gesellschaftlichen und demokratischen Entwicklung in der Dritten Welt ausgegeben wurden.

13 Prozent der Mittel standen für Stipendien bereit, zur Förderung der wissenschaftlichen und beruflichen Ausbildung von 1 670 deutschen und ausländischen Studenten.

Die restlichen 27 Prozent des Haushalts dienten der Finanzierung der politischen Bildung, der Politischen Akademie, des historischen Archivs und der wissenschaftlichen Institute.

Rotgrüne Bündnisse vernichten Arbeitsplätze

Rotgrüne Bündnisse in den Städten und Gemeinden vernichten eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Drei Monate nach der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, bei der die CDU in einer Reihe von Stadt- und Gemeinderäten die Mehrheit verloren hatte, gerät jetzt insbesondere die Bauwirtschaft durch die Aufhebung früherer Ratsbeschlüsse in zusätzliche Schwierigkeiten. So hat die rotgrüne Koalition in Lübeck den Bau eines Altstadt-hotels verhindert: 40 Millionen Mark weniger an Investitionen! In Norderstedt ist von den Rotgrünen im Stadtrat der Bau der Mehrzweckhalle gestoppt worden: 6,1 Millionen DM werden nicht investiert. Und in Ahrensburg ist die dringend erforderliche Ausweitung eines Gewerbegebietes von der rotgrünen Mehrheit abgelehnt worden. Allein dadurch sind mehrere hundert Arbeitsplätze verlorengegangen.

Fazit: Die SPD nähert sich ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer immer mehr den grünen Positionen.

TERMINE

- 30. 6. **CDU Präsidium**
Sitzung, Bonn
- 30. 6. **LV Bremen**
Vorstand, Bremen
- 6./12.7. **Exil-CDU**
Berlin-Seminar, Berlin
- 7.7. **CDU Nordrhein-Westfalen**
Landesvorstand, Dortmund
- 11.7. **Junge Union Baden-Württemberg**
Landesvorstand, Hüfingen
- 12.7. **CDU Nordrhein-Westfalen**
Fachkongreß über Familienpolitik, Castrop-Rauxel
- 12.7. **Junge Union Baden Württemberg**
Landestag, Hüfingen
- 16.7. **CDU Westfalen-Lippe**
Kreisgeschäftsführertagung,
Dortmund

- 26.7./2. 8. **Junge Union Bund**
Jugendcamp '86 unter dem Thema: „Technik beherrschen — Zukunft gestalten“, Burgsteinfurt
- 27.7./2. 8. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar, Berlin
- 9. 8. **EAK Schleswig-Holstein**
Sitzung, Kiel
- 9. 8. **OMV Schleswig-Holstein**
Kundgebung: „25 Jahre Mauer in Berlin“, Neumünster, Stadthalle
- 13. 8. **CDU Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
- 14. 8. **CDU Schleswig-Holstein**
Kreisgeschäftsführerkonferenz, Travemünde
- 16. 8. **LV Rheinland-Pfalz und Saar**
Regionalkonferenz, Trier, Euro-pahalle

Ohne Frauen keine Zukunft

Der 15. Bundesdelegiertentag der CDU-Frauenvereinigung am 7. Juni 1986 in Bonn stand in Kontinuität des Essener Bundesparteitages und des letzten Delegiertentages: Weitere Teilbereiche der Essener Leitsätze wurden beraten und Vorschläge zur Verwirklichung der Partnerschaft im Lebensalltag erarbeitet, denn „Ohne die konkrete und endgültige Lösung des Problems der Benachteiligung von Frauen kann es keine humane Gesellschaft mit neuer politischer Kultur geben.“ (aus dem Leitantrag „Ohne Frauen keine Zukunft“)

Der Leitantrag fordert u. a.:

- Das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub sollen für alle Männer oder Frauen von ein auf zwei Jahre erweitert werden.
- Steuerliche Maßnahmen der Bundesregierung in der 11. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sollen einen Schwerpunkt bei der weiteren Absenkung des Einkommen-/Lohnsteuertarifs setzen.
- Die Neuorientierung im Wohnungs- und Städtebau soll sich enger an die Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Familienstrukturen anschließen.
- ... Die Bundesregierung (soll) alle Mütter der Jahrgänge vor 1921 bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten berücksichtigen.
- ... Frauenhäuser und Frauenheime (sollen) auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt und in ihrer Existenz gesichert werden.
- Arbeits- und Familienwelt können besser aufeinander abgestimmt werden, wenn Arbeitsplatzteilung, flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit her-

kömmlichen starren Arbeitsformen nicht nachgeordnet sind. Die neuen Arbeitszeitformen müssen deshalb so ausgestaltet werden, daß sie berufliches Fortkommen und soziale Sicherung nicht gefährden.

- Familienergänzende Betreuungseinrichtungen ... müssen weiter gefördert werden.
- Die zahlreichen Einzelmaßnahmen zur beruflichen Förderung von Frauen müssen zu einem geschlossenen Aktionsprogramm mit Schwerpunkten entwickelt werden.
- Bei nachgewiesener Diskriminierung sollen angemessene Schadenersatzregulierten (6 bis 12 Monatsgehälter) praktiziert werden.
- Frauen oder Männern, die sich eine Zeitlang der Erziehung und Betreuung der Kinder gewidmet haben, soll die Rückkehr in ihren Beruf erleichtert werden.
- Einführung und Anwendung neuer Technologien dürfen nicht zu Lasten der Frauen gehen.
- Das Ergebnis der Bundestagswahl 1987 muß sich zahlenmäßig durch eine klare Verbesserung der Vertretung der Frauen im Bundestag auszeichnen.

Keine Aufschläge auf Sozialmieten

In diesem Jahr werden die Sozialmieten nicht teurer, erklärte Bundesbauminister **Oscar Schneider**. Der Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen hatte für seine knapp 1800 Gesellschaften eine Erhöhung der Verwaltungspauschale um 33 % gefordert. Bundesminister Schneider hingegen lehnte dies ab.

„Niedersachsen am Wochenende“ — ein geglückter Versuch

Daß die Parteien CDU und FDP bei der Niedersachsenwahl schließlich doch die Mehrheit erhielten, hatte für Generalsekretär Heiner Geißler u. a. seinen Grund auch darin, daß die CDU in den letzten Wochen einen starken Endspurt hingelegt hat. An der Mobilisierung der Kräfte in Niedersachsen war die Bundespartei erheblich beteiligt.

Ein Schwerpunkt der organisatorischen Hilfe war die Durchführung der 681 Einsätze von 57 Bundesrednern. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, griff mit neun Großveranstaltungen

in den niedersächsischen Wahlkampf ein, Generalsekretär Heiner Geißler hatte vierzehn Einsätze.

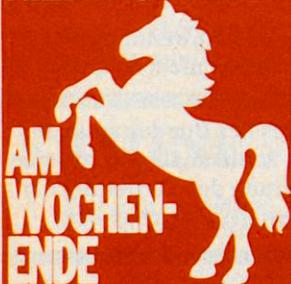
In Absprache mit der niedersächsischen CDU wurden Briefaktionen im Direct-Mailing-Verfahren an folgende Zielgruppen durchgeführt:

- 80 000 Landwirte
- 240 000 Jungwähler
- 110 000 CDU-Mitglieder in Niedersachsen

Wie Bundesgeschäftsführer Peter Radunski hierzu mitteilte, verdeutlichte die CDU-Bundespartei in der Öffentlichkeitsarbeit mit einer Vielzahl von Infor-

Das Wetter am Wochenende ● Sonntag warm ● Montag heiß ● Dienstag kühler Ausführlicher Bericht letzte Seite

NIEDERSACHSEN



Nr. 3 Freitag/Sonnabend, 13./14. Juni 1986



Immer für seine Bürger da: Ministerpräsident Ernst Albrecht.

So rettete Albrecht unsere Arbeitsplätze

Letzte Seite

WM Mexico

Rummenigge wurde zum Außenseiter

„Zwerg“ Marokko hat zugeschlagen ● England kam aus der Versenkung



Rummenigge, wohin?

Vier Seiten Sport in dieser Ausgabe

SPD-Frauen für rot-grünes Bündnis

Nach der von der SPD für einen Ministerposten aussersehen Heide M. Pfarr hat sich jetzt auch die zweite für Kabinettszwecke vorgesehene SPD-Frau, Inge Wettig-Danielmeier, für ein rot-grünes Bündnis in Niedersachsen ausgesprochen. In einem Interview griff sie die CDU an, weil diese die Grünen als Unsicherheitsfaktor hinstelle, und erklärte, sie habe prinzipiell gegen eine rot-grüne Koalition in Niedersachsen nichts einzuwenden. (Siehe S. 5)

ADK Northline: Vorwürfe über Genossen-Wirtschaft

BR: Renten sind auf Jahre sicher

Spannung vor dem Wahl-Sonntag — Hohe Wahlbeteiligung erwartet Ernst Albrecht: Es geht um Niedersachsen und Deutschland

Keiner darf zu Hause bleiben!

Die Welt blickt am Sonntag auf Niedersachsen. Selten ist einer Landtagswahl

Wir alle spüren, daß dies eine Entscheidung von großer Tragweite für unser

Der Ministerpräsident unterstrich damit seinen Vorwurf, den ihm die große

Kohl zum

mationsmaterial (Broschüren, Flugblätter und Argumentationsunterlagen) unter dem Motto: „Vertrauen in die Zukunft — Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland“ die positiven Leistungen der Regierung Helmut Kohl. Auf besonders starke Nachfrage und Zustimmung stieß die Zusammenfassung der bundespolitischen Leistungsbilanz „20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl“, die als Faltblatt und Broschüre vorliegen (siehe auch UfD 14/86).

Als geglückt sah man sowohl im Bundesvorstand wie im Parteipräsidium das Experiment mit einer eigenen CDU-Zeitung an. „Niedersachsen am Wochenende“ war eine flott gemachte, 16 Seiten umfassende Zeitung: eine bunte Mischung aus Sport und Unterhaltung, Politik und Wirtschaft, Informationen über Niedersachsen, Deutschland und die Welt. Das Fernsehprogramm für die jeweilige Folgewoche fehlte natürlich nicht, und auch Rätselfreunde kamen auf ihre Kosten. Die Zeitung half mit, die erfolgreiche Politik von Helmut Kohl und Ernst Albrecht den niedersächsischen Wählern zu verdeutlichen.

Gemeinsam von der Bundespartei und der CDU in Niedersachsen wurde die Zeitung an den drei letzten Wochenenden des Wahlkampfes herausgegeben. Eine landesweite, flächendeckende Verteilerorganisation aus rund 10 000 CDU-Mitgliedern sorgte dafür, daß die jeweils rund 2,8 Mio. Exemplare an mehr als 80 Prozent aller niedersächsischen Haushalte verteilt wurden.

Im Rahmen eines Informationsbesuches am 13./14. Juni 1986 wurden die Kreisgeschäftsführer nach einer Bewertung der Zeitung und der Organisation befragt. Hierbei ergab sich, daß die Aufmachung als gut bewertet, der Inhalt als aktuell und informativ angesehen wurde. Die organisatorische Abwicklung war nach den

Anlaufschwierigkeiten in der ersten Woche nach Ansicht der Kreisgeschäftsführer reibungslos und planmäßig. Damit hat sich „Niedersachsen am Wochenende“ als gelungener Test für die Bundestagswahl erwiesen.

Wie Peter Radunski in seinem Dankesbrief an die Kreisgeschäftsführer in Niedersachsen vom 18. Juni schreibt, hat es sich gezeigt, daß „die Verteilaktion unserer Zeitung Kernpunkt unseres Schlußspurts“ war, „der uns schließlich den Wahlsieg brachte. . . . Auch die hohe Briefwahlquote ist sicherlich nicht zuletzt ebenfalls ein Verdienst der Verteilung unserer Zeitung.“

Zugleich, so fährt der Bundesgeschäftsführer fort, sei damit ein Grundstein für die im Bundestagswahlkampf geplante bundesweite Verteilung einer Wochenendzeitung gelegt worden.



Wallmann: Für Entsalzung des Rheins

Bundesminister Walter Wallmann erklärte zur Reinhaltung des Rheins und den französischen Erklärungen vom 2./3. Juni 1986: „Ich habe dem französischen Umweltminister mit allem Nachdruck erklärt, die Bundesregierung gehe davon aus, daß die französische Regierung ihre vertragliche Verpflichtung, ab 5. Januar 1987 die Salzeinleitungen in den Rhein um 20 kg/s zu vermindern, einhält. Der französische Minister hat mir bestätigt, daß Premierminister Chirac eine entsprechende Erklärung abgegeben habe. Ich habe unterstrichen, daß die Bundesregierung der Frage der Salzbelastung des Rheins im Elsaß sehr hohes Gewicht beimißt und auf die Durchführung der von Frankreich zugesagten Maßnahmen drängen wird.“

Bestellung an IS-Versandzentrum

Postfach 13 28, 4804 Versmold

| | |
|--|---|
| Besteller- und Versandanschrift | Der Versand soll erfolgen (bitte ankreuzen) <input type="checkbox"/> Normalversand <input type="checkbox"/> Eilzustellung (Gegen gesonderte Berechnung) |
| ☎ des Bestellers / | |

Gilt nur für Landes- und Kreisverbände:

Bitte tragen Sie in den nebenstehenden Kästchen die Nummer Ihres Verbandes ein (siehe Jahrbuch der CDU/CSU)

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | |
|--|--|--|--|

| Best.-Nr. | Anzahl | Titel bzw. Artikelbezeichnung | Preis |
|-----------|--------|---------------------------------------|-------|
| 8836 | | Rahmenplakat „Ein Sommer mit der CDU“ | |
| 4826 | | Handbuch „Sommeraktionen“ | |
| 9763 | | CDU-Polohemd, klein (M), weiß | |
| 9764 | | CDU-Polohemd, klein (M), gelb | |
| 9765 | | CDU-Polohemd, klein (M), rosa | |
| 9766 | | CDU-Polohemd, klein (M), grün | |
| 9767 | | CDU-Polohemd, mittel (L), weiß | |
| 9768 | | CDU-Polohemd, mittel (L), gelb | |
| 9769 | | CDU-Polohemd, mittel (L), rosa | |
| 9770 | | CDU-Polohemd, mittel (L), grün | |
| 9771 | | CDU-Polohemd, groß (XL), weiß | |
| 9772 | | CDU-Polohemd, groß (XL), gelb | |
| 9773 | | CDU-Polohemd, groß (XL), rosa | |
| 9774 | | CDU-Polohemd, groß (XL), grün | |
| 9805 | | CDU-Stirnband, weiß | |
| 9806 | | CDU-Stirnband, gelb | |
| 9807 | | CDU-Stirnband, rosa | |
| 9808 | | CDU-Stirnband, grün | |

| Best.-Nr. | Anzahl | Titel bzw. Artikelbezeichnung | Preis |
|-----------|--------|--|-------|
| 9778 | | CDU-Wasserball | |
| 9507 | | CDU-Sonnenblende | |
| 9782 | | CDU-Windrad (Bausatz) | |
| 9781 | | CDU-Modelliermasse | |
| 9731 | | Aufkleber „Wir lieben Kinder“ | |
| 9304 | | CDU-Luftballons | |
| 3830 | | Handbuch „Fit in die Zukunft“ | |
| 5832 | | Ratgeber „Mit uns für ein gesundes Leben“ | |
| 9798 | | CDU-Fitneßriegel | |
| 9799 | | CDU-Fitneßdrink | |
| 9797 | | CDU-Gesundheitsrad | |
| 9429 | | CDU-Kugelschreiber, bunt sortiert | |
| 9783 | | CDU-Schlüsselanhänger | |
| 9762 | | CDU-Damengeldbörse | |
| | | | |

Datum

Stempel

Unterschrift

So bestellen Sie richtig und rechtzeitig:

1. Wer kann was bestellen?

Das in dieser Liste aufgeführte Informations- und Werbematerial der CDU kann jeder bestellen.

2. Wieviel kostet das Material?

Diese Preise enthalten bereits Fracht- und Verpackungskosten. Nur die Mehrwertsteuer müssen Sie noch hinzurechnen.

3. Wer bezahlt die Rechnung?

Wer Material bestellt, erhält die Rechnung und gilt als Zahlungspflichtiger.

Achtung:

Bei Eilzustellungen werden Ihnen Eilzuschläge in Rechnung gestellt.

Wenn Sie Eilzustellungen verlangen, werden Ihnen 5,— DM in Rechnung gestellt.

4. Wir rufen Sie an . . .

Es kann immer wieder vorkommen, daß Rückfragen beim Besteller notwendig sind. Geben Sie deshalb auf der Bestellung die Telefonnummer an, unter der Sie von 9.00 bis 17.00 Uhr zu erreichen sind.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

SCHÖN!



Sommer '86.
Wir sorgen für gutes Klima. **CDU**

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

20/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** WA-Druck, Düsseldorf.